Die französische Besatzungspolitik und die Gründung der CDU in Rheinland-Pfalz

Von Anne Martin

Die Landespartei der CDU in Rheinland-Pfalz wurde am 14. Februar 1947 in Bad Kreuznach konstituiert. Bis dahin existierten in Rheinland-Pfalz, in dem per Dekret der französischen Besatzungsmacht am 30. August 1946 neugeschaffenen Land, zwei organisatorisch voneinander unabhängige »christliche« Parteien: In der Provinz Rheinland-Hessen-Nassau, die die Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Montabaur umfaßte, die CDP und in Rheinhessen-Pfalz die CDU. Die Vereinigung dieser beiden regional geprägten Parteien ergab sich nicht zwingend aus einem Gleichklang der Ziele und Interessen, sondern war eine verhältnismäßig späte Reaktion auf die französische Grenzziehung.

In den ersten Wochen nach der Landesgründung, als zunächst nur Wahlen für die kommunalen Vertretungen und Kreistage anstanden, konnten es sich die Christdemokraten noch leisten, im Norden und Süden von Rheinland-Pfalz in zwei getrennten Parteien aufzutreten. Als sie jedoch verantwortlich an der Verfassungsgebung beteiligt waren – CDP und CDU bildeten gemeinsam die absolute Mehrheit in der Beratenden Landesversammlung –, in der provisorischen Regierung den Ministerpräsidenten stellten und ihren Blick auf die ersten Landtagswahlen richten mußten, wurde für sie die inhaltliche und organisatorische Vereinheitlichung dringend notwendig. Gleichwohl wirkte der Zusammenschluß von Bad Kreuznach, der erst nach einem harten Ringen um eine gemeinsame Grundlage erfolgte, zunächst kaum harmonisierend. Vielmehr bestimmten Konflikte zwischen den einzelnen Bezirksverbänden die Anfänge der von Peter Altmeier geführten Landespartei, und es waren nicht zuletzt diese innerparteilichen Spannungen, die Christdemokraten aus allen Landesteilen bis in die 50er Jahre hinein immer wieder an die Auflösung von Rheinland-Pfalz denken ließen.

Ohne die Entscheidung der Franzosen, im Norden ihrer Zone ehemals preußisches, bayerisches und hessisches Gebiet zu einem neuen Land zu vereinen, hätten sich die Christdemokraten dieser Regionen, die zunächst wenig miteinander verband, damals nicht zu einer Partei zusammengeschlossen. Daher gehört die Konstituierung der rheinland-pfälzischen CDU zu den Folgen der französischen Besatzungspolitik. Nun wurden freilich von der französischen Besatzungsmacht nicht erst im Zusammenhang mit der

Landesgründung wichtige Vorentscheidungen für die neue Partei getroffen. Bereits die Anfänge der CDP in Rheinland-Hessen-Nassau und die der CDU in Rheinhessen und in der Pfalz vollzogen sich unter Bedingungen, die vom Außenministerium in Paris, der Oberkommandantur in Baden-Baden und den Obersten Delegationen in Bad Ems und Neustadt geschaffen wurden. Neben den vielen allgemeinen Vorschriften, die das politische Leben in der französischen Zone regelten, gab es auch Auflagen, die speziell auf die Christdemokraten zugeschnitten waren.

Von der späten Parteienlizenzierung im französischen Besatzungsgebiet waren Kommunisten, Sozialdemokraten und Christdemokraten gleichermaßen betroffen. Frankreich, das an der Konferenz von Potsdam nicht beteiligt gewesen war, verwirklichte bekanntlich als letzte der vier Besatzungsmächte die dort von Stalin, Truman und Churchill getroffene Übereinkunft, in Deutschland demokratische Parteien wiederzuzulassen. Während die Sowjetunion bereits im Juni 1945 und damit im Vorgriff auf eine alliierte Regelung in ihrer Zone Parteien genehmigt hatte, Amerikaner und Briten im August und September gleichzogen, tat die französische Oberkommandantur in Baden-Baden unter General Pierre Koenig den entsprechenden Schritt erst am 13. Dezember 1945. Die von General de Gaulle vorgegebene zögernde Haltung ermöglichte den französischen Militärbehörden, zunächst einmal den politischen Neubeginn in den anderen Zonen sorgfältig zu verfolgen, wobei im Mittelpunkt ihres Interesses stand, Wege zu finden, das von der Pariser Zentrale vorgegebene Ziel einer konsequenten Föderalisierung Deutschlands zu erreichen. In Übereinstimmung mit der Praxis der englischen und amerikanischen Besatzungsbehörden genehmigten die Franzosen dann nur wenige Parteien – Weimarer Verhältnisse konnten auch in ihrer Besatzungszone nicht wieder aufleben. Die Begünstigung einiger weniger Parteien erleichterte zudem die Kontrolle.

Der langen Unbeweglichkeit der Führung in der Frage der Parteienzulassung stand ein in vielen Fällen recht tolerantes Vorgehen der französischen Dienststellen vor Ort gegenüber. Durch die von den Landräten des Regierungsbezirks Koblenz für Regierungspräsident Wilhelm Boden monatlich verfaßten geheimen Berichte zur allgemeinen Lage in den Kreisen erfahren wir, daß vielerorts CDP, SPD und KPD bereits Wochen vor ihrer offiziellen Genehmigung »mit stillschweigender Erlaubnis der Militärregierung« vorbereitende Organisationsarbeiten aufnehmen konnten,[1] wozu u.a. das Verteilen von Aufnahmescheinen und die Veranstaltung erster Versammlungen gehörte. Kam es dennoch französischerseits zu Protesten, so blieben diese

1 So z.B. der Landrat des Kreises Unterwesterwald in seinem Bericht vom 30.11.1945, in: Landeshauptarchiv Koblenz (fortan: LHA Koblenz), Best. 441 Nr. 45358.

offenbar verbaler Natur.[2] Jedenfalls ist von empfindlichen Sanktionen oder gar Verhaftungen einzelner Vertreter der später zugelassenen Parteien wegen illegaler politischer Betätigung nichts überliefert.[3]

Am 18. Dezember 1945, also kurz nach der offiziellen Zulassung der Parteien durch General Koenig, erläuterte dessen »Generalverwalter« Emile Laffon den Landes- und Provinzgouverneuren die Verfahrensvorschriften und hielt sie zu einer genauen und gewissenhaften, dabei aber unauffälligen Überwachung an.[4] Bei Regelverletzungen sollten die entsprechenden Maßnahmen primär von den deutschen Verwaltungsbehörden ausgehen; nur wenn von dieser Seite Versäumnisse vorlägen, sei es an den französischen Dienststellen, in Erscheinung zu treten. Laffon beließ es nicht bei den Formalitäten, sondern bezog auch inhaltlich Position. Bei den bislang in Erscheinung getretenen Parteien, der kommunistischen, der sozialdemokratischen sowie der christlich-demokratischen, sah er »des garanties incontestables du point de vue démocratique et anti-nazi« gegeben; ihrer formalen Konstituierung sei daher nichts mehr in den Weg zu stellen. Allerdings gab Laffon seiner in den Wochen zuvor bereits erkennbar gewordenen Skepsis gegenüber den Christdemokraten erneut Ausdruck:[5] Bevor diese neue Partei endgültig zugelassen werden könne, müsse man sicher sein, daß sie sich in ihrer sozialpolitischen Programmatik ausreichend vom alten Zentrum unterscheide. Für eine Erneuerung des Zentrums sollten keine Genehmigungen erteilt werden. Laffon schloß zwar weitere Parteigründungen nicht aus, wobei er sich für den Fall entsprechender Anträge die Entscheidung ausbedang, sah aber in der Konzentration auf die drei Genannten den geeigneteren Weg, den französischen Interessen zu dienen.

Mit ihrer Entschlossenheit, in ihrem Einflußbereich der Restauration des Zentrums von vornherein einen Riegel vorzuschieben, wirkte die Baden-Badener Oberkommandantur ganz unmittelbar zu Gunsten der neuen Idee einer überkonfessionellen Partei. Davon profitierten besonders die Unionsanhänger in Rheinhessen und in der Pfalz.

---

2 Oberst Balade an Boden, 12.12.1945, in: LHA Koblenz, Best. 860 Nr. 1 004/21. In diesem Schreiben teilte Balade mit, daß jegliche Versammlungstätigkeit und andere Aktivitäten der Parteien verboten seien.

3 Vgl. Katrin KUSCH, *Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1951)*, (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 12), S. 33.

4 Laffon an die Obersten Delegierten, 18.12.1945, in: Archives d'Occupation, Colmar (fortan: Archiv Colmar), Best. Direction Générale des Affaires Politiques, Baden-Baden; Direction de l'Intérieur et des Cultes. C. 232 P. 44 D. 77.

5 Laffon an die Obersten Delegierten, 25.10.1945, in: Archives du Ministère des Relations Extérieures, Paris (fortan: AMRE), Best. Série Y Internationale 1944-1949 Nr. 434.

In den Regierungsbezirken Trier und Koblenz setzte sich die christlich-demokratische Richtung auch unabhängig von der Haltung der Militärregierung verhältnismäßig schnell und problemlos durch. Daß sich hier kaum Befürworter einer Zentrumserneuerung fanden, lag vor allem an den konfessionellen Kräfteverhältnissen: Angesichts der eindeutigen katholischen Majorität sah man keine Notwendigkeit, auf einer vorrangig katholischen Positionen verpflichteten Partei zu bestehen. Selbst der Trierer Bischof Bornewasser unterstützte die Bildung der überkonfessionellen CDP. Von den später eine gewisse Bedeutung erlangenden CDU-Politikern aus dem Norden von Rheinland-Pfalz wandte sich anfangs nur der ehemalige Zentrumsabgeordnete im Preußischen Landtag Jakob Diel, der später die CDU-Kreispartei Bad Kreuznach führte und erster Präsident des rheinland-pfälzischen Landtages wurde, entschieden gegen eine »christliche Sammelpartei«. Diel, der in einem Kreis mit einem starken evangelischen Bevölkerungsanteil lebte, sorgte sich um die politische Heimat der katholischen Arbeiterschaft.[6]

In Rheinhessen und in der Pfalz hingegen stieß die Unionskonzeption bei vielen Anhängern der alten konfessionellen Parteien zunächst auf Ablehnung. Im rheinhessischen Oppenheim unternahmen ehemalige Zentrumsmitglieder bereits im April 1945 Schritte zur Wiederbelebung ihrer alten Partei, »damit die Rechte des katholischen Volksteiles in den nun werdenden neuen Verhältnissen gewahrt werden könnten«.[7] Unter einer in diesem Punkt offensichtlich wenig restriktiven amerikanischen Militärverwaltung kam es zu ähnlichen Anläufen in Speyer und Kaiserslautern, in den beiden pfälzischen Städten, die sich laut Gustav Wolff, dem Mitbegründer der pfälzischen CDU, geradezu zu »Widerstandszentren« gegen die Gründung einer überkonfessionellen Partei entwickelten.[8] In Speyer trat Bischof Josef Wendel als Gegner der Zusammenführung von Katholiken und Protestanten auf; unterstützt wurde er vom späteren Mainzer Kultusminister Eduard Orth.[9] Auch Domschweizer Bertram Hartard, der 1947 für die CDU in den ersten rheinland-pfälzischen Landtag einziehen sollte, konnte sich zunächst nicht mit der Unionsidee anfreunden. Er und andere ihm gleichgesinnte Kräfte wandten sich darum an den französischen Gouverneur mit der Bitte, eine evangelische Partei zuzulassen, um auf diese Weise die Protestanten

6 Ausführlicher dazu Anne MARTIN, *Die Entstehung der CDU in Rheinland-Pfalz*, (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 19), S. 55 f.

7 Protokoll eines Treffens vom 8.4.1945, wiedergegeben bei Kurt WEITZEL, *Vom Chaos zur Demokratie. Die Entstehung der Parteien in Rheinland-Pfalz 1945-1947*, Mainz 1989, S. 49.

8 Wolff an CDU-Hauptgeschäftsstelle Bezirksverband Pfalz, 13.1.1966, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin bei Bonn (fortan: ACDP), Best. III-001-017.

9 So der Mitbegründer der pfälzischen CDU Hans Moser in einer Erinnerungsschrift vom 30.1.1971, in: ACDP, Best. I-036-001.

ins politische Leben zu integrieren.[10] In Kaiserslautern fand im Vorfeld der Parteigründung eine Katholikenkonferenz statt, bei der der Landstuhler Bürgermeister und spätere christdemokratische Abgeordnete der Beratenden Landesversammlung Karl Anton Vogt unter starkem Beifall eine rein katholische Partei forderte, mit dem Leitspruch »und wenn's drauf ankommt, mit dem Namen Römisch-katholische Staatspartei«.[11] Während ehemalige Zentrumsmitglieder auf die Restauration ihrer alten Partei setzten, einigten sich evangelische Christen in der Pfalz auf die Wiederbelebung des Christlich-Sozialen Volksdienstes. Ohne die französische Bestimmung, daß sich in Rheinhessen und in der Pfalz nur eine einzige »christliche« Partei bilden dürfe, die zudem beide Bezirke umfasse, hätten sich die verschiedenen Richtungen kaum auf eine Linie geeinigt.

Die Besatzungsbehörden im Norden der französischen Zone wollten also kein Nebeneinander konfessioneller Gruppierungen und setzten von Anfang an auf den Erfolg der Unionsidee. Zu fragen ist, welche Überlegungen hinter dieser Haltung standen. Bei einigen Entscheidungsträgern spielten historische Reminiszenzen eine große Rolle.[12] Laffon etwa begründete seine Ablehnung des Zentrums damit, daß sich diese Partei überlebt habe, daß sie nicht schuldlos am Aufkommen des Nationalsozialismus gewesen sei und daß sie in der Weimarer Zeit eine Frankreich nicht immer genehme Politik betrieben habe.[13] In zwei von der Baden-Badener Oberkommandantur im April und Mai 1948 erstellten Studien über die Wurzeln der christlichen Demokraten wurde festgestellt,[14] das Zentrum habe zwar dank seiner inneren Geschlossenheit in der Zeit von 1920 bis 1933 die geringsten Einbrüche in der Wählerschaft zu verzeichnen gehabt und sich als stabilste politische Kraft der Weimarer Republik erwiesen, die Kehrseite der Beständigkeit aber sei die Stagnation gewesen. Den Erinnerungen an den Kulturkampf verhaftet, habe es das Zentrum nach dem Ersten Weltkrieg nicht vermocht, die politischen und sozialen Veränderungen aufzunehmen und neue Wählerschichten zu gewinnen, um sich auf diese Weise dauerhaft als dritte Kraft neben der marxistischen Linken und der nationalistischen und reaktionären Rechten zu etablieren. Aufgerieben zwischen den beiden Blöcken und in nahezu ständiger Regierungsverantwortung verbraucht, sei es in der Endphase der

10 So Wolff in seiner am 11.6.1966 verfaßten Abhandlung, Speyer in der Gründungszeit der CDU 1945/46, in: ACDP, Best.I-100-010.

11 Zit. nach dem Schreiben Wolffs vom 13.1.1966, wie Anm. 8.

12 Die Schwäche des Zentrums gegenüber dem Nazismus wurde u.a. in einer Studie des Commissariat Général vom 12.7.1946 angesprochen. In: AMRE, Best. Série Z Europe (Allemagne) 1944-1949 Nr. 49.

13 Laffon an die Obersten Delegierten, 25.10.1945, wie Anm. 5.

14 Studie vom 15.4.1948 und vom 5.5.1948, in: Archiv Colmar, Best. Ministère des relations extérieures; Bureau d'ordre Ambassade de France à Bonn. C. 65 XP 3-3.

Republik nicht mehr in der Lage gewesen, sich den antidemokratischen Kräften entgegenzustellen: »Le ZENTRUM ... n'avait pu opposer au dynamisme de partis jeunes que l'entêtement d'une équipe sclérosée.«[15]

Daneben gab es aber auch Stimmen, die die Haltung des Zentrums bzw. seiner Anhänger in der Weimarer Republik und während des Dritten Reiches überwiegend positiv beurteilten. General Jean-Claude Bouley, der erste Gouverneur von Rheinhessen-Pfalz, erklärte im August 1945, die Katholiken, gleich ob sie vor 1933 im Zentrum oder in der Bayerischen Volkspartei organisiert gewesen seien, seien in ihrer Gesamtheit die gesellschaftliche Kraft gewesen, die dem Nazismus am meisten getrotzt hätte, dank einer entschlossenen und in ihrem Widerstand häufig mutigen Geistlichkeit.[16] In einer Studie, die man in Baden-Baden im April 1946 über die föderalistischen Traditionen der deutschen Parteien erstellte, wurde die Haltung des Zentrums auch in dieser Grundentscheidung ausdrücklich gewürdigt.[17] Warum aber war man trotzdem so strikt gegen eine Erneuerung?

Ein Motiv hat vermutlich in dem Ziel gelegen, eine erneute Zersplitterung der deutschen Parteienlandschaft zu verhindern. Allerdings wurde dieses Ziel von allen Alliierten verfolgt, und dennoch ließen die Briten in ihrer Zone das Zentrum bereits 1945 zu.[18] Auch der Hinweis, daß bei einer Entscheidung der Besatzungsmacht für das Zentrum und gegen die CDU sich der Prozeß des Zusammenwachsens der konfessionell unterschiedlich strukturierten Teile von Rheinland-Pfalz sicherlich noch langsamer und schwieriger gestaltet hätte, hilft nicht weiter, da auf französischer Seite in der Alternative »Zentrum oder CDU« die Wahl getroffen wurde, lange bevor man an die Schaffung eines neuen Landes im Norden der Zone dachte. Bleibt als der wahrscheinlich ausschlaggebende Beweggrund der Franzosen das Anliegen, den ohnehin großen Einfluß der katholischen Kirche besonders in Rheinland-Hessen-Nassau nicht noch durch Begünstigung einer Wiedergründung der Partei des politischen Katholizismus zu verstärken. In diesem Zusammenhang ist eine Note der Obersten Delegation in Bad Ems vom Juni 1946 besonders aufschlußreich.[19] Als Besatzungsmacht, so heißt es in dieser, müsse man in Rechnung stellen, daß das Rheinland ein überwiegend katholisches Gebiet sei. Der Einfluß des Klerus auf die gesamte Bevölkerung habe ein für Franzosen mitunter schockierendes Ausmaß. »En effet, formés à l'école de la Liberté, les Français peuvent parfois considérer que le Clergé rhénan exerce sur les masses une véritable dictature.« Natürlich akzeptiere

15 Studie vom 5.5.1948.

16 Studie vom 20.8.1945 in: Archiv Colmar, Best. CCFA; Cabinet Civil. P. 38.

17 Studie vom 12.4.1946 in: Archiv Colmar, Best. Commissariat pour le Land Rhénanie-Palatinat C. 943 P. 26.

18 K. KUSCH (wie Anm. 3), S. 36.

19 Note vom 22.6.1946, in: AMRE, Best. Série Y Internationale 1944-1949 Nr. 391.

man, wenn Katholiken Politik, auch »ihre« Politik machten, solange diese französischen Zielen nicht zuwiderlaufe; es sei aber auf keinen Fall zu dulden, daß die Kirche die Politik bestimme, mit den Besatzungsbehörden in ihrem Schlepptau. Dabei mahnte die Oberste Delegation zu einem überlegten Vorgehen: Kein Mitglied der Militärregierung dürfe, wolle es nicht Frankreich schaden, der Macht der katholischen Kirche mit Intoleranz oder Fanatismus begegnen. Die »Diktatur« der Kirche sei zwar offenkundig, offen und direkt bekämpfen dürfe man sie deshalb aber noch lange nicht. Über die Christdemokraten wußte der Verfasser des Berichts folgendes zu berichten: Die CDP, die in der Mehrheit von Katholiken gegründet worden sei, versuche mehr und mehr, sich aus der Umklammerung durch den Klerus zu befreien.

Waren zunächst für die Haltung der Besatzungsmacht in der Frage »Zentrum oder CDU« vorrangig Vorbehalte gegenüber einem aus französischer Sicht zu weitreichenden Einfluß der katholischen Kirche maßgeblich, daneben wohl auch die Überlegung, mit der Entscheidung für die überkonfessionelle Partei das deutlichere Zeichen für einen politischen Neubeginn in Deutschland zu setzen, so stand nach Etablierung der Union als der mächtigsten politischen Kraft in Rheinland-Pfalz der Wunsch im Vordergrund, diese starke Stellung nicht durch Zulassung weiterer, christlich-bürgerliche Bevölkerungskreise ansprechender Gruppierungen zu gefährden. Warum man eine Schwächung der Christdemokraten unbedingt vermeiden wollte, darauf wird im folgenden noch eingegangen.

Zu Aufbau und Wirken der christlich-demokratischen wie auch der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei wurden von der Oberkommandantur in Baden-Baden sehr präzise Richtlinien aufgestellt. Danach durften Gründungsgesuche nur von Personen eingereicht werden, die weder zur NSDAP noch zu einer ihrer Organisationen gehört hatten. Ob der Lebenslauf der Antragsteller politisch einwandfrei war, sollte anhand von Entnazifizierungsfragebögen überprüft werden. Die auf Provinz- bzw. Länderebene zugelassenen Parteien waren verpflichtet, einen mindestens fünfköpfigen Vorstand zu bilden, der gegenüber dem für die Region zuständigen Gouverneur für den demokratischen Charakter der Partei und die Einhaltung aller Bestimmungen verantwortlich war. Zu den Aufgaben dieses Komitees gehörte, die Landesmilitärregierung über die Gründung jedes einzelnen Kreis- oder Ortsverbandes der Partei sowie über die Daten der Vorsitzenden und regelmäßig über den Mitgliederstand in Kenntnis zu setzen, wobei hier die deutschen Verwaltungsspitzen als Vermittlungsorgan fungieren sollten.[20] Die Parteien erhielten das Recht, Versammlungen abzu-

20 Hettier de Boislambert an Wilhelm Boden, 10.4.1946, in: LHA Koblenz, Best. 860 Nr. 1005.

halten und durch Flugblätter, Rundschreiben, über Presse und Radio für sich zu werben. Diese Zugeständnisse waren freilich mit Auflagen verbunden. Versammlungen waren mindestens acht Tage zuvor – ab Februar 1947 galt dann eine Frist von fünf Tagen[21] – unter genauer Angabe von Ort und Stunde sowie der Tagesordnung dem Bürgermeister der Gemeinde anzukündigen, der seinerseits bei dem Kreisdelegierten um die Erlaubnis nachsuchen mußte. War ein Treffen von mehr als nur lokaler Bedeutung, dann nahm auf jeden Fall ein französischer Kontrolloffizier daran teil, was André Brozen-Favereau, nach Bouley der Chef der Obersten Delegation im pfälzischen Neustadt, reichlich euphemistisch als »courtoisie à l'égard des grands partis« bezeichnete.[22] Für jedes einzelne Wahlplakat und jedes Flugblatt waren vor der Veröffentlichung die Entwürfe bei der Militärregierung zur Genehmigung einzureichen.[23] Den Parteien war untersagt, in ihren Verlautbarungen und Erklärungen »nationalistische, militaristische und antidemokratische« Töne anzuschlagen, also zu versuchen, die deutsche Bevölkerung gegen die Besatzungsmächte aufzuhetzen. Sogar jegliche Kritik an den deutschlandpolitischen Entscheidungen der Siegermächte setzten die Franzosen auf den Index der Verbote.[24]

Zur Praxis der französischen Militärregierung gehörte außerdem, den Parteien die Vereinigung mit ihren Schwesterorganisationen in den anderen Zonen zu verbieten. Nationale Parteienfusionen galten als den Interessen Frankreichs konträr und wurden deshalb strikt abgelehnt. In einem militärregierungsinternen Schreiben vom März 1946 rechtfertigte Koenig diese Politik folgendermaßen: Es sei davon auszugehen, daß die Parteien der Westzonen, außer der kommunistischen, mit den entsprechenden Gruppierungen im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands keine Einheit bilden wollten. Eine westdeutsche Blockbildung zu fördern, widerspreche aber der Bestimmung der Pariser Zentrale, »de mener très impartialement l'occupation à quatre«. Käme es hingegen generell zu gesamtdeutschen Zusammenschlüssen, so müßten diese automatisch darauf ausgerichtet sein, »à recréer un Reich allemand et à le fortifier«. In diesem Zusammenhang äußerte Koenig sogar die Sorge, daß eine zu enge Fühlungnahme zwischen den deutschen Parteien und ihren französischen Schwesterparteien letztere womöglich zur Opposition

21 Oberst Matter, politischer Berater Hettiers, an die Kreisdelegierten, 21.2.1947, in: Archiv Colmar, Best. Commissariat pour le Land Rhénanie-Palatinat. C. 943 P. 26.

22 Dienstl. Mitteilung Brozen-Favereaus, 6.10.1948, in: Archiv Colmar, Best. Commissariat pour le Land Rhénanie-Palatinat; Délégation de la Province du Palatinat. C. 2317.

23 Altmeier an die Kreisvorsitzenden der CDP im Regierungsbezirk Koblenz, 28.8.1946, in: LHA Koblenz, Best. 663, 2 Nr. 262.

24 Mitteilung der Obersten Delegation in Neustadt an die Kreisdelegierten, 20.12.1946, in: Archiv Colmar, Best. Ministère des affaires étrangères, Délégation provinciale française du Palatinat; Service Intérieur. C. 987.

gegen den Dezentralisierungskurs der Besatzungsmacht veranlassen könnte; dieses müßte zu einer Aufweichung des Föderalisierungskonzepts Frankreichs führen. Um eine solche Entwicklung zu vermeiden, sei es dringend geboten, den französischen Parteien die Grundprinzipien der Deutschlandpolitik ihres Landes nahezubringen.[25]

Im französischen Besatzungsgebiet wurde den einzelnen Provinz- bzw. Landesparteien also zur Auflage gemacht, sich auf ihre jeweilige Region zu beschränken; Sozialdemokraten und Kommunisten sollten für ihre vom übrigen Deutschland losgelöste Entwicklung durch die Streichung des »D« im Parteinamen auch ein äußeres Zeichen setzen – eine Vorschrift, die offiziell nie aufgehoben wurde, an die sich aber kaum jemand hielt. Auch der Versuch, die Parteien durch das Verbot innerzonaler- und überzonaler Verbindungen und Kontakte zu isolieren, hatte nur begrenzt Erfolg, was sich nicht zuletzt daraus erkennen läßt, daß General Koenig und auch Hettier de Boislambert, der Chef der Obersten Delegation in Bad Ems und spätere Landesgouverneur von Rheinland-Pfalz, häufig an diese Bestimmung erinnerten. Die Frage der Parteienkontakte stellte die Besatzungsmacht unübersehbar vor das Problem, wie man durch striktes Festhalten an einem Prinzip Autorität beweisen konnte, ohne diese gerade dadurch zu untergraben. Daß eine konsequente Abschnürungspolitik nicht durchzuhalten und auch nicht von Vorteil war, war den Franzosen wohl bewußt.[26] Die relative Passivität, mit der die zahlreichen Verstöße gegen die »Kontaktsperre« hingenommen wurden, und die Sondergenehmigungen, mit denen versehen auch rheinland-pfälzische Christdemokraten Verbindung zu Parteifreunden aus den anderen Zonen aufnehmen konnten, sprechen hier eine deutliche Sprache. Den Jugendorganisationen der Parteien gewährte man ganz bewußt aus pädagogischen Überlegungen von vornherein größere Freizügigkeit.[27] Als beispielsweise die Junge Union Berlins junge Christdemokraten aus allen Zonen für Mitte Januar 1948 zu einem Treffen in die deutsche Hauptstadt einlud, wurde französischerseits eine Teilnahme von Delegierten aus der eigenen Zone ausdrücklich begrüßt. Diese könnten sich durch den Gedankenaustausch ein genaueres Bild von der Situation im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands machen und Vergleiche anstellen, die zweifellos zugunsten der französischen Besatzungspolitik ausfallen müßten.[28] Im Februar 1948 sprach sich Koenig dann dafür aus, die in der ersten

25 Koenig an Mayer, 6.3.1946, in: Archiv Colmar, Best. Direction Générale des Affaires Politiques, Baden-Baden; Direction de l'Intérieur et des Cultes. C. 232 P. 44 Dos. 77.

26 In diesem Sinne äußerte sich auch Außenminister Bidault gegenüber Koenig und empfahl ein differenziertes Vorgehen. Schreiben vom 22.5.1947 in: AMRE, Best. Série Y Internationale 1944-1949 Nr. 440.

27 K. KUSCH (wie Anm. 3), S. 72 und S. 114.

28 Telegramm von Roger Seydoux von der Militäradministration in Berlin nach Baden-Baden, 7.1.1948, in: AMRE, Best. Série Z Europe (Allemagne) 1944-1949 Nr. 52.

Besatzungsphase erlassenen strengen Bestimmungen auf ihre Effizienz hin zu überprüfen.[29] Mehr als zwei Jahre nach ihrer Gründung seien die Parteien der französischen Zone, so der Oberkommandierende damals, nicht mehr hauptsächlich auf den lokalen und regionalen Bereich konzentriert, sondern verstünden sich als Teil der deutschen und europäischen Entwicklung. Dieser Wandel äußere sich nicht zuletzt in den tagtäglich in großer Zahl bei der Militärregierung eingehenden Anfragen bezüglich der Teilnahme an oder der Veranstaltung von überzonalen Kongressen, die in Zukunft großzügiger behandelt werden sollten. Dabei waren für Koenig zwei besatzungspolitische Grundprinzipien unumstößlich: Nationale Parteienzusammenschlüsse sollten auch weiterhin verhindert und die deutschen Kräfte unterstützt werden, deren Vorstellungen von der staatlichen Neuordnung Deutschlands mit den französischen Wünschen konform gingen. Folglich wollte er nur überzeugten Föderalisten die »circulation interzone« erleichtern. Die führenden Repräsentanten der zentralistisch ausgerichteten Parteien mußten auch künftig mit einer restriktiven Haltung der französischen Militärbehörden rechnen. Ein generelles Einreiseverbot in das französische Besatzungsgebiet sah der Oberkommandierende nur für Vertreter der von den Franzosen nicht zugelassenen Parteien vor.

Es war also ein wesentliches Anliegen der Franzosen, die politische Tätigkeit der Deutschen sowohl innerhalb als auch außerhalb der eigenen Zone möglichst vollständig zu erfassen. Dabei lag das Hauptaugenmerk auf den programmatischen Aussagen der Parteien hinsichtlich der staatlichen Neuordnung Deutschlands. Patriotische Bekenntnisse zu Deutschland als Gesamtstaat erregten das starke Mißfallen, während man föderalistischen Auffassungen und der Forderung nach einer möglichst weitgehenden Autonomie des Rheinlandes mit besonderer Sympathie begegnete. Dies führte dazu, daß fast alle französischen Entscheidungsträger trotz ihrer größeren Übereinstimmung mit den deutschen Sozialdemokraten in Fragen der Wirtschafts-, der Sozial- und besonders der Schulpolitik und trotz einer oft harschen Kritik an der CDU und ihren führenden Repräsentanten auf den Erfolg der Christdemokraten setzten. Für diese glich die Partei Peter Altmeiers ihre Nachteile und Fehler durch ihre föderalistische Ausrichtung wieder aus. Außerdem war die CDU die einzige Partei, in der die Mehrheit das von der Besatzungsmacht geschaffene Land Rheinland-Pfalz zumindest als eine Übergangslösung akzeptierte.

Das französische Wohlwollen gewannen die Christdemokraten hauptsächlich durch den zentralistischen Kurs ihrer politischen Gegner. Die Sozialdemokraten im Rheinischen, Rheinhessischen und Pfälzischen fühlten sich

29 Koenig an Schneiter, 25.2.1948, in: Archiv Colmar, Best. Direction Générale des Affaires Politiques, Baden-Baden; Direction l'Intérieur et des Cultes. C. 232 P. 44 Dos. 77.

»ohne Abstriche der Sozialdemokratie Kurt Schumachers zugehörig«[30] und sahen keinen Anlaß, sich durch eigene programmatische Entwürfe zu profilieren. Aus diesem Grund hatten sie teil am schlechten Image ihres Vorsitzenden, dessen ausgeprägtes Nationalbewußtsein, das sich in der Forderung nach deutscher Einheit und Selbstbestimmung äußerte, für die französische Seite eine ständige Provokation darstellte.[31] Die Klage über die antiföderale Haltung der SPD, deren Ausrichtung man mit Begriffen wie »centralisateur« und »bismarckien« beschrieb,[32] gehörte zu den stereotypen Bestandteilen der französischen Berichte, unbeschadet der Tatsache, daß den französischen Instanzen durchaus auch föderalistisch eingestellte Sozialdemokraten bekannt waren.[33] Der Gegensatz vertiefte sich noch, als die Sozialdemokraten im Verlauf der Verfassungsberatungen sehr betont die Existenz des Landes Rheinland-Pfalz in Frage stellten. Keine hohe Meinung hatten die Franzosen auch von den Kommunisten. Diese diskreditierten sich allein schon durch ihren an den Interessen Moskaus orientierten Einheitswillen und ihre Propaganda zu Gunsten des Regimes in der sowjetischen Besatzungszone. Wohl gestand man französischerseits zu, daß es innerhalb dieser Partei auch Strömungen für mehr Unabhängigkeit von der Sowjetunion gebe; als zentralistisch galten aber auch diese.[34] Die Erkenntnis, daß die KP in Fragen der Deutschlandpolitik für Beeinflussungen im Sinne Frankreichs besonders unzugänglich war, hinderte die Militärregierung bekanntlich aber nicht daran, Kommunisten in den Prozeß der Demokratisierung einzuspannen und ihnen die loyale Mitarbeit, vor allem auf dem Gebiet der Entnazifizierung und der Verwaltung, zu attestieren.[35]

Bereits Anfang Januar 1946, als CDP und CDU in Rheinland-Hessen-Nassau und Rheinhessen-Pfalz noch in der Gründungsphase waren, erklärte General Bouley gegenüber Laffon, die entschiedensten Anhänger eines dezentralen Staatsaufbaues fände man unter den christlichen Parteien. Diese müßten deshalb eine solide Grundlage für die französische Politik bilden.[36] In einem Bericht der Militärregierung vom Juni 1946 hieß es dann ohne Umschweife, vorrangig könne die CDP mit der französischen

30 K. KUSCH (wie Anm. 3), S. 300.

31 Ebd., S. 97.

32 Monatsbericht Bouley, 15.11.1945, in: Archiv Colmar, Best. CCFA; Cabinet Civil. C. 38 Pol III G 2a, S. 4.

33 Studie Les partis politiques et le fédéralisme, erstellt in der Baden-Badener Oberkommandantur, 12.4.1946, in: Archiv Colmar, Best. Commissariat pour le Land Rhénanie-Palatinat; District de Coblence. C. 943 P. 26.

34 Monatsbericht Bouley, 15.11.1945, wie Anm. 32.

35 Note der Obersten Delegation in Bad Ems, 22.6.1946, in: AMRE, Best. Y Internationale 1944-1949, Nr. 391.

36 Bouley an Laffon, 14.1.1946, in: Archiv Colmar, Best. Direction Générale des Affaires Politiques, Baden-Baden; Direction de l'Intérieur et des Cultes. C. 231 P. 40 Dos. 54.

Unterstützung rechnen, zum einen, da ihre Politik nicht im Gegensatz zu den Ansichten der französischen Regierung stehe, zum anderen, weil sie in ihren Reihen eine beachtliche Mehrheit vereine.[37] Diese deutliche Begünstigung der Christdemokraten setzte sich nach der Schaffung von Rheinland-Pfalz und dem Zusammenschluß von CDP und CDU auf Landesebene fort. Durch das von der Militärregierung festgelegte Verfahren für die Wahl der Beratenden Landesversammlung erreichten die Christdemokraten in diesem wichtigen Gremium, dessen Aufgabe es war, eine Verfassung für Rheinland-Pfalz auszuarbeiten, mit 70 der 127 Sitze eine Dominanz, die in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis der vorangegangenen Wahlen vom September 1946 stand, bei denen der Stimmenanteil der Christdemokraten im Landesdurchschnitt bei 45,2 Prozent gelegen hatte. Unübersehbar war auch die Neigung der französischen Militärregierung, bei ihrem Verhalten gegenüber neuen politischen Gruppierungen die Interessen der Christdemokraten mitzuberücksichtigen. Als etwa das im britischen Besatzungsgebiet wiederaufgelebte Zentrum, das bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen vom April 1947 einen beachtlichen Erfolg erzielen konnte, wiederholt Anlauf nahm, sich auch in Südwestdeutschland zu etablieren, stieß dies bei den französischen Behörden auf Abwehr.[38] Hettier erklärte in diesem Zusammenhang gegenüber Koenig, es sei nicht davon auszugehen, daß das neue Zentrum »beaucoup d'éléments politiquement valables« an sich binden könne, da mittlerweile nahezu alle ehemals führenden Köpfe der katholischen Traditionspartei Anhänger der Union seien. Er sei strikt gegen die Zulassung des Zentrums, da dessen Auftreten nur der CDU schaden würde, ausgerechnet der Partei, mit der man besonders in der Frage der künftigen Organisation Deutschlands einen hohen Grad an Übereinstimmung erreicht habe.[39] Als die in Nordrhein-Westfalen agierende Rheinische Volkspartei ebenfalls versuchte, in Rheinland-Pfalz Fuß zu fassen, ließ sich Hettier auf Anweisung Baden-Badens[40] die restriktive Haltung der französischen Militärregierung durch Ministerpräsident Altmeier ausdrücklich bestätigen.[41]

---

37 Zitiert auch bei Heinrich KÜPPERS, *Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946-1955,* (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 14), S. 85.

38 Studie »Répercussions d'une éventuelle autorisation du Zentrum en Zone Française«, erstellt am 2.3.1948 im Pariser Außenministerium, o.V., in: Archiv Colmar, Best. SEAAA C. 2647 Dos. 4.; Koenig an Schneiter, 2.4.1948, in: Archiv Colmar, Best. SEAAA. C. 47 Dos. 6.

39 Hettier an Koenig, in: Archiv Colmar, Best. Ministère des relations extérieures; Bureau d'ordre Ambassade de France à Bonn. C. 136 ZF 4-2.

40 Dienstl. Mitteilung der Direction du Cabinet, Affaires Civiles, für Hettier, 13.7.1949, in: Archiv Colmar, Best. CCFA; Cabinet Civil. C. 26 Pol II A 21.

41 Hettier an Koenig, 19.7.1949, ebd.

Die besondere Nähe zwischen der Militärregierung und führenden Christdemokraten war für die neue Partei nicht nur von Vorteil. Die offensichtliche Sympathie fast aller französischen Entscheidungsträger für die gegen eine Wiederherstellung der Reichseinheit gerichteten Kräfte in der deutschen Politik gehörte vielmehr zu den Umständen, die einer frühen Geschlossenheit hinderlich waren. Dies lag daran, daß es in der CDP und der CDU, die nicht in der unmittelbaren Tradition einer der großen Parteien der Zeit vor 1933 standen, anfangs keine verbindliche Vorstellung davon gab, wie Deutschland als Gesamtstaat zu organisieren sei. Wichtige staatsrechtliche Begriffe wie Separatismus, Föderalismus und Zentralismus bestimmten zwar die innerparteiliche Diskussion, waren aber noch nicht hinreichend geklärt. In dieser Situation provozierte die starke Hervorhebung föderalistischer Grundsätze leicht den Verdacht separatistischer Neigungen. Die Überzeugung von Christdemokraten, mit solchen an den Interessen Frankreichs orientierten Neigungen auch in den eigenen Reihen konfrontiert zu sein, belastete anfangs außerordentlich stark das Klima in der pfälzischen CDU, wo eine Reihe durchaus gewichtiger Persönlichkeiten noch stark in nationalstaatlichen Kategorien dachte und in der Sorge vor französischer Vereinnahmung sehr sensibel auf andere Töne reagierte.

Daß die Unionsidee, wie oben bereits beschrieben, in der Pfalz zunächst keine ungeteilt positive Resonanz fand, lag mit daran, daß ihre Protagonisten, der katholische Pfarrer Johannes Finck aus Limburgerhof und der Landauer Volksschulrektor und Bürgermeister Gustav Wolff für manche einen zu betont »deutschen« Standpunkt vertraten. Finck und Wolff ihrerseits sahen bei ihren Widersachern, die sich um Prälat Martin Walzer aus Ludwigshafen scharten, einen überzogenen Föderalismus und Willfährigkeit gegenüber der französischen Besatzungsmacht. Nach Wolff gehörte Walzer zu denjenigen, »die sich von Anfang an der französischen Besatzungsmacht zur Mitarbeit zur Verfügung stellten, die Wünsche erfüllten, deren Erfüllung nicht im deutschen Interesse lag, die bei der politischen Abteilung der Militärregierung Stellung nahmen gegen Persönlichkeiten, die sich aus nationalen Beweggründen in Abwehr gegen alle separatistischen Bestrebungen stellten und die es fertig brachten, daß politische Konferenzen verboten wurden, zu denen man sie aus guten Gründen nicht eingeladen hatte«.[42]

Bereits Monate vor der Gründung der pfälzischen CDU hielt Finck in einer Unterredung, an der auch der Speyerer Bischof Wendel teilnahm, Walzer vor, seine Haltung sei zu frankophil und lasse separatistische Neigungen erkennen. Walzer konterte mit der Bemerkung, die Lage habe sich seit den Jahren 1919-1923 grundlegend verändert; Bemühungen um eine gute Zusammenarbeit mit Frankreich dürfe man gerade auch mit Blick auf die

42 So Wolff in Notizen zur Frühgeschichte der CDU in der Pfalz. In: ACDP, Best. I-036-001.

bolschewistische Gefahr keinesfalls als separatistisch brandmarken. Der gegen ihn erhobene Vorwurf entspräche der preußischen Art, die Dinge zu sehen.[43] Auf eine gemeinsame Linie konnten sich die beiden nicht einigen. Ihr Gegensatz äußerte sich vielmehr in konkurrierenden Zulassungsanträgen, die allerdings erfolglos blieben, da die französischen Behörden eben nur eine einzige christliche Partei genehmigen wollten. Zum Miteinander gezwungen, rangen die verschiedenen Richtungen in den ersten Wochen nach Gründung der CDU erbittert um die Vorherrschaft in der neuen Partei. Dabei setzte sich die Linie Finck-Wolff durch.

Da Wolff seine Widersacher aus den Anfängen der CDU noch Jahrzehnte später beschuldigte, gemeinsame Sache mit der Militärregierung gemacht zu haben, und sich selbst als Bollwerk gegen von französischer Seite gelenkte und unterstützte separatistische Strömungen darstellte, muß der Frage nachgegangen werden, ob und inwieweit das von ihm gezeichnete Bild die Tatsachen wiedergab.

Was das Verhalten der Militärregierung angeht, so sind die Wahrnehmungen Wolffs von der zeitgeschichtlichen Literatur häufig bestätigt worden. Bei ihrem Blick auf die Anfänge der rheinland-pfälzischen Parteien meinten etwa Hans Josef Schmidt und Kurt Weitzel, den Versuch französischer Besatzungsorgane erkennen zu können, »ihre Vorstellungen von der künftigen Gestaltung Deutschlands durchzusetzen, indem sie extrem föderalistische, autonomistische und separatistische Bewegungen förderten, zumindest aber duldeten«.[44] Tatsächlich aber erweisen sich die französischen Quellen als wenig geeignet, die These von einer gezielten Unterstützung deutscher Loslösungsbestrebungen zu untermauern. Die führenden Repräsentanten der Besatzungsverwaltung standen vielmehr derartigen Umtrieben sehr reserviert gegenüber. Laffon etwa hielt die Unterstützung separatistischer Bewegungen für ausgesprochen unklug, da eine solche nur deutsche Abwehrreaktionen hervorrufen und damit den Einfluß der Besatzungsbehörden schwächen müsse.[45] In Übereinstimmung mit dem Generalverwalter wandte sich auch General Bouley gegen eine Förderung deutscher Loslösungsbestrebungen. In einer Bestandsaufnahme der politischen Verhältnisse in seinem Zuständigkeitsbereich notierte der erste Gouverneur von Rheinhessen-Pfalz im

43 Französischer Bericht über dieses Treffen in: AMRE, Best. Série Y Internationale 1944-1949, Nr. 389.

44 K. WEITZEL (wie Anm. 7), S. 13, in Anlehnung an Formulierungen von Hans-Josef SCHMIDT, *Formierung der Parteien in Koblenz*, in: Franz-Josef HEYEN (Hg.), *Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951*, (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 5), Boppard 1984, S. 106.

45 Vgl. Rainer MÖHLER, *Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952*, (Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 17), Mainz 1992, S. 22 f.

August 1945, die Anhänger des Separatismus, auf die sich die französische Besatzungspolitik einst gestützt habe, seien nun nur noch eine schlecht beleumundete Minderheit ohne Einfluß. Diejenigen seiner Landsleute, die meinten, an der Politik Frankreichs der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg wiederanknüpfen zu können, befänden sich im Irrtum und handelten überdies zum Nachteil Frankreichs.[46] Alle entsprechenden Äußerungen Bouleys aus den folgenden Monaten zeigen, daß der Chef der Neustadter Militärregierung keine Förderung oder gar Bevorzugung separatistischer Elemente wünschte, sicher auch aus der Überlegung heraus, daß mangelnde französische Zurückhaltung in diesem Punkt nur zu einer Stärkung der »zentralistisch« und dies hieß bei den Franzosen der national ausgerichteten Kräfte führen müsse. Die scharf formulierten und häufig wiederholten Klagen Wolffs über korrumpierende Franzosen und korrumpierte Deutsche müssen daher als überzogen angesehen werden.

Damit soll nicht geleugnet werden, daß Walzer und seine politischen Freunde bei den Besatzungsbehörden die Wohlgelitteneren waren. Die positive Beurteilung des katholischen Geistlichen ergab sich aus der Annahme Bouleys, daß es sich bei den Auseinandersetzungen im Vorfeld der CDU-Gründung in der Pfalz um die Alternative zwischen der Wiedergründung einer unabhängigen katholischen Partei und der Bildung eines antikommunistischen Blocks unter Einbeziehung der Sozialdemokraten handelte, einem Weg, wie er den anfänglichen Vorstellungen etwa Leo Schwerings, Walter Dirks' und Jakob Kaisers entsprach.[47] Von dieser Alternative ausgehend, nahm Bouley einen Tag vor Beginn der Fuldaer Bischofskonferenz vom August 1945 Stellung zu den beiden konkurrierenden Konzeptionen »Zentrum oder CDU« und legte dar, warum die erste die für Frankreich vorteilhaftere Lösung sei.[48] Dabei erwähnte Bouley auch Walzer, der ihm ein Dokument überbracht habe, das unter wichtigen deutschen Persönlichkeiten, besonders auch der katholischen Kirche, die Runde mache. Darin sei die Bildung eines West-Staates angesprochen, eines Staates, der politisch, wirtschaftlich und kulturell auf Frankreich hin ausgerichtet sei. In Anbetracht solcher Überlegungen, so der Gouverneur, müsse Frankreich unbedingt daran interessiert sein, eine Blockbildung der konfessionellen Parteien mit den Sozialdemokraten zu vermeiden.

In einer Studie, die Bouley am 15. November 1945 für Laffon ausarbeitete, sprach der Chef der obersten Militärbehörde von Rheinhessen-Pfalz dann nicht mehr von der Möglichkeit eines antikommunistischen Blocks.

---

46 Studie Bouleys vom 20.8.1945, in: Archiv Colmar, Best. CCFA; Cabinet Civil P. 38.

47 Dazu Franz FOCKE, *Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU,* Wuppertal 1978, S. 199 ff.

48 So Bouley in seiner Studie vom 20.8.1945, wie Anm. 46.

Mittlerweile hatte er erkannt, daß die neue Partei der Versuch des politischen Miteinanders von Katholiken und Protestanten sein sollte – ein Versuch, bei dem zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen war, ob er erfolgreich sein würde. Erstaunlich ist, daß die in jenen Wochen innerhalb der pfälzischen Gründerkreise noch virulenten Streitigkeiten um Charakter und Ausrichtung der Partei in dem Bericht keinen Niederschlag fanden. Bouley erwähnt nur die Existenz einer »Christlich-Sozialen Union« mit Walzer und Carl Pallmann an der Spitze, begünstigt vom Speyerer Bischof Wendel und angeblich die pfälzische Entsprechung der in Bayern von Stegerwald, Josef Müller und Gerhard Kroll geführten Partei. Gleich dieser verurteile die pfälzische CSU die bisherige Vormachtstellung Preußens mit Berlin und propagiere einen Wiederaufbau Deutschlands nach föderalistischen Prinzipien und mit dem Schwerpunkt im Südwesten. Außenpolitisch habe für sie die Herstellung guter und enger Beziehungen zu Frankreich absolute Präferenz. Besonders Walzer sei ein glühender Anhänger einer engen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit Frankreich.[49]

Wolff und Finck wurden weit weniger geschätzt. Sie galten nach Konstituierung der CDU als Exponenten der Richtung, die die Franzosen als »unitaire et nationaliste« bezeichneten.[50] Von Wolff mußte Gouverneur Brozen-Favereau Anfang 1948 seinem Vorgesetzten Hettier berichten, daß dieser, natürlich ohne Genehmigung, an dem Interzonentreffen der CDU am 28./29. Dezember 1947 in Berlin teilgenommen und sich nur wenige Tage später auf einer Parteiversammlung in Speyer für Jakob Kaiser als Vorsitzenden einer gesamtdeutschen Union ausgesprochen habe, mit dem Zusatz, dies sei die Option der pfälzischen Christdemokraten.[51]

Nicht nur in der Frühgeschichte der pfälzischen Union befürchteten die einen die Dominanz frankreichfreundlicher und zum Separatismus neigender Kräfte, während andere vor dem Einfluß »preußisch« denkender und der Berliner CDU-Spitze ergebener Zentralisten und Nationalisten warnten. Obgleich alle einschlägigen programmatischen Erklärungen zur Abkehr vom Zentralismus der nationalsozialistischen Zeit und zur Schaffung starker und von Preußen unabhängiger Länder aufriefen, wurde die Frage der staatlichen Neuordnung Deutschlands und des Verhältnisses zur Nation zum Gegenstand heftiger Kontroversen auch zwischen den einzelnen Bezirksverbänden. Im Kreuzfeuer der Kritik stand die Koblenzer CDP-Spitze, deren Distanz zu

49 Bouley an Laffon, 15.11.1945, in: Archiv Colmar, Best. CCFA; Cabinet Civil P. 38.

50 So u.a. Administrateur Louis Kleinmann von der Neustadter Behörde im Schreiben an Hettier de Boislambert vom 22.7.1947. In: Archiv Colmar, Best. Ministère des Affaires Etrangères; Délégation provinciale française du Palatinat, Section Documentation. C. 2311 P.1.

51 Brozen-Favereau an Hettier, 16.1.1948, in: Archiv Colmar, Best. Commissariat pour le Land Rhénanie-Palatinat; Fonds reçu du Consultat de France à Mayence. C. 3182 P. 14 Dos. 59.

nationalem Denken in der Tat auffällig war und an deren Loyalität gegenüber Gesamtdeutschland deshalb immer wieder Zweifel angemeldet wurden. Trierer, rheinhessische und pfälzische Christdemokraten warfen dem Kreis um Peter Altmeier und Adolf Süsterhenn vor, sich durch das starke Herausstreichen des Föderalismus und der Eigenständigkeit des Rheinlandes zum Sprachrohr der französischen Besatzungsmacht zu machen. Als äußeres Zeichen des inneren Gegensatzes galt die lange Weigerung der Koblenzer, einer Umbenennung ihrer Partei in CDU zuzustimmen.

In den Verhandlungen im Vorfeld der Kreuznacher Vereinigungstagung wurde um den gemeinsamen Parteinamen sehr heftig gestritten. Beide Seiten waren davon überzeugt, daß mit der Entscheidung eine wichtige Weiche für die Partei und damit auch für die Region gestellt werde. Diejenigen, die sich von der Entwicklung im übrigen Deutschland nicht entfernen wollten und deshalb für die »Union« plädierten, sahen im Bemühen der Koblenzer, die »CDP« auf das gesamte Land auszudehnen, den endgültigen Beweis für einen für sie in den Monaten zuvor bereits erkennbar gewordenen Partikularismus und zugleich für eine peinlich devote Anbiederung an die Militärregierung. »Man muß wissen, daß es damals in der CDP Leute gab, die bei den Franzosen aus- und eingingen« – in diese Worte faßte der Trierer Parteigründer Alois Zimmer noch 1969 sein Mißtrauen gegen den Kreis um Altmeier.[52] Altmeier leistete diesem Eindruck freilich Vorschub, da er sich nicht darauf beschränkte, den Namen »CDP« als äußeres Zeichen inneren Abstandes zur Berliner CDU und programmatischer Eigenständigkeit zu verteidigen, sondern immer wieder die Wünsche der Besatzungsmacht ins Feld führte. Laut Altmeier verlangte die Militärregierung von den Christdemokraten in Rheinland-Pfalz, ihre gemeinsame Organisation CDP zu nennen, um dadurch die Trennung vom übrigen Reich und seinen Parteien zu dokumentieren.[53] Der Koblenzer Kreis um Altmeier und Süsterhenn war zum Einlenken erst bereit, als klar wurde, daß die CDU in Deutschland nicht von Jakob Kaiser geführt werden würde und damit die von ihm einige Monate lang befürchtete Dominanz Berlins nicht mehr zu erwarten war. Eine Woche vor dem Kreuznacher Treffen erlebten Altmeier und Süsterhenn bei der wichtigen Zusammenkunft der deutschen Unionsparteien in Königstein am 5. und 6. Februar 1947 mit, wie Kaiser in seinem Drängen auf den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses der neugebildeten CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft Schiffbruch erlitt und damit seine Hoffnungen, später einmal die gesamte Union zu führen, aufgeben mußte.[54] Entscheidend für das Nachgeben der Koblenzer in der Namensfrage war außerdem das Beipiel

52 Zimmer an van Volxem, 4.5.1969, in: LHA Koblenz, Best. 700, 135 Nr. 548.

53 Aktennotiz zu einer Sitzung vom 5.10.1946, ebd.

54 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg: 1876-1952*, Stuttgart 1986, S. 530 ff.

der Schwesterpartei in der britischen Zone. Adenauers CDU demonstrierte schließlich, daß der Name »Union« nicht unbedingt für nationalistische und unitarische Tendenzen und für die Unterordnung unter die Berliner Christdemokraten stehen mußte.

Da die führenden Persönlichkeiten unter den Trierer, den pfälzischen und den rheinhessischen Christdemokraten zur Annahme einer Landes-»CPD« unter keinen Umständen bereit gewesen waren, kam es nicht zu der von den Koblenzern zunächst gewünschten betont eigenständigen Entwicklung der rheinland-pfälzischen Christdemokraten. Auch bei den Verfassungsberatungen setzten sich diejenigen durch, die von einem Sonderweg nichts wissen wollten: Während der von Süsterhenn im Herbst 1946 verfaßte Vorentwurf noch kein Bekenntnis zur Zugehörigkeit von Rheinland-Pfalz zu Deutschland enthält, findet sich in dem mit den Stimmen der Mehrheit in der Beratenden Landesversammlung im April 1947 verabschiedeten Text der Satz »Rheinland-Pfalz ist ein Gliedstaat Deutschlands«. Obgleich damit in den zentralen Fragen der Kurs festgelegt war, wurde von rheinland-pfälzischen Christdemokraten noch lange über die Zweckmäßigkeit des Landes und damit auch ihrer Gemeinschaft nachgedacht. Dabei stand die Unzufriedenheit mit der eigenen Partei und deren Führung und die Opposition gegen den Fortbestand des Landes in engem Zusammenhang. Vor allem in der pfälzischen CDU, wo bis in die 50er Jahre hinein immer wieder die Möglichkeiten einer Länderneugliederung zur Sprache gebracht wurden, sah man sich von den Koblenzern stiefmütterlich behandelt und in berechtigten Interessen mißachtet. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Parteifreunden aus dem Norden des Landes und die Bereitschaft, Rheinland-Pfalz als eine dauerhafte Lösung zu akzeptieren, wuchsen erst nach der von Peter Altmeier energisch betriebenen Verlegung des Regierungssitzes von Koblenz nach Mainz und damit nach der Umsetzung einer Bestimmung, die von der französischen Besatzungsmacht bereits in das Landesgründungsdekret vom 30. August 1946 aufgenommen worden war.